aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

50 März 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

FEMINISMUS

Klassenkämpferischer Feminismus gegen den Rechtsruck! Seite 2

BUNDESTAGSWAHL 2025

- Jetzt erst recht: revolutionär internationalistisch
- Revolutionäres Wahlbündnis mit Potenzial

ab Seite 5

DEUTSCHLAND

Gegen die Rechten – helfen nur die Linken? Seite 8

ÖSTERREICH

Neue Regierung – Republik gerettet? Seite 10

INTERNATIONAL

Die Plünderung der Ukraine geht weiter Seite 12

RASSISMUS

Was steckt hinter der Hetze? Seite 14

REZENSION

Und alle so still Seite 15

Von links unterhaken und dem Rechtsruck entgegenstemmen!

So wie es aussieht, ist Merz als nächster Kanzler in Deutschland gesetzt. Aber er ist nicht der Kanzler der Mehrheit. Man sieht schon, wie sich der Ärger aufbaut. Streiks und Demonstrationen werden nicht einfach zurückgehen. Der Wahlerfolg der Linkspartei ist ein Zeichen, dass der Rechtsruck nicht hingenommen wird. Vor allem in der Jugend gibt es den Wunsch nach Widerstand und sozialen Kämpfen.

Die internationalen Spannungen – auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet – beschleunigen und verstärken die politischen Entwicklungen auch in Deutschland und Österreich. Die scheinheilige „Friedensperspektive“ in der Ukraine weist eher in eine verhängnisvolle Zukunft mit Aufrüstung und weiteren Kriegen. Umso dringender ist es, einen revolutionären Pol aufzubauen. Die zugespitzte politische Situation stellt frontal die Frage nach der Sackgasse der parlamentarischen Linken.

Zum Rechtsruck gehören auch die Angriffe auf LGBTQ-Personen, auf Transrechte, auf alles, was ein bisschen Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern schaffen könnte, rassistische Hetze und das Schüren von Vorurteilen gegen Migrant:innen, Angriffe „gegen links“ und gegen alles, was das Label „woke“ aufgeklebt bekommt. Das gehört zum Propagandafeldzug der radikalen Rechten, die in Deutschland von der CDU/CSU und der AfD, in Österreich von der ÖVP und FPÖ verkörpert wird. Am 8. März werden wir zusammen auf die Straße gehen. Und darüber hinaus: Der Kampf gegen Unterdrückung ist auch ein feministischer und antirassistischer Kampf. ■

Klassenkämpferischer Feminismus gegen den Rechtsruck!

Die Wahlprogramme und die Politik von rechten Parteien wie AfD und CDU in Deutschland, sowie FPÖ und ÖVP in Österreich, sprechen eine klare Sprache: Antifeminismus ist nicht bloß ein Nebenprodukt ihrer Ideologie, sondern ein ganz bewusst eingesetztes Werkzeug, um ihre reaktionäre und menschenfeindliche Politik zu stützen und zu rechtfertigen.

1997 hat Friedrich Merz mit 137 anderen Abgeordneten der CDU dagegen gestimmt, dass Vergewaltigung in der Ehe strafbar wird. Seine Behauptung, er würde heute anders abstimmen, ist nichts wert, denn er und seine Partei verteidigen weiterhin das Bestehen von Paragraph 218 und wollen das Selbstbestimmungsgesetz wieder abschaffen. Das beweist doch, dass es ihnen um Kontrolle über die Körper von FLINTA (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen) geht.

Auch in anderen Ländern sieht man ähnliche Muster: In den USA haben die Republikaner mit Hilfe durch Trump eingesetzter Richter:innen das Recht auf Abtreibung massiv eingeschränkt. Auch werden Hunderte Bundesangestellte entlassen, weil sie queer sind, und auf allen Internetseiten des Staates wird die Existenz von Transpersonen aus dem Akronym LGB(T) herausgestrichen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Existenz von (L)esben, (G)ays und (B)isexuellen in Frage gestellt wird. Transpersonen, die jetzt in den USA einen weiblichen Geschlechtseintrag auf ihrem Ausweis wählen, wird absichtlich der falsche Eintrag „männlich“ zugewiesen. Die Liste solcher Angriffe ist lang und hat für Rechtskonservative und Faschist:innen in Europa Vorbildcharakter. Statistiken zeigen, dass die Amerikaner:innen aber mehrheitlich nicht hinter diesen Angriffen stehen, sondern niedrige Preise und Lebenshaltungskosten wichtiger finden.

Rechte und konservative Kräfte wollen die Körper von FLINTA kontrollieren, weil diese Kontrolle direkt mit der Kontrolle über die Gesellschaft und ihre Reproduktion verknüpft ist. Das kapitalistische System basiert nämlich nicht nur auf der Produktion von Waren und Mehrwert, sondern auch auf der Reproduktion von Arbeitskraft, wie Kindererziehung, Pflege und Haushaltsarbeit. Diese Reproduktionsarbeit gewährleistet die Verfügbarkeit einer zukünftigen Generation von Arbeitskräften. Sie wird überwiegend unbezahlt von Frauen ausgeübt. Konservative und Rechte wollen, dass das auch so bleibt und propagieren daher die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern. Somit wird das Patriarchat zum Nutzen des Kapitalismus aufrechterhalten.

> » In unser’m Kampf gegen Unterdrückung, ist auch ein Girlboss keine Rettung. Denn auch ne Chefin verteidigt das System und das System ist das Problem! «

Die AfD erklärt in ihrem Grundsatzprogramm beispielsweise: „Wir bekennen uns zur traditionellen Familie als Leitbild.“ Sie behauptet, dass „Familie da ist, wo ein Mann und eine Frau gemeinsam Kinder bekommen.“ Die FPÖ formuliert es ähnlich: „Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die Keimzelle unserer Gesellschaft.“

Ein weiteres Argument, das von konservativen und rechten Parteien genutzt wird, ist die sogenannte „demografische Krise“. Tatsächlich lag die Geburtenrate in Deutschland 2023 bei 1,3 Kindern pro Frau. Sie behaupten, eine niedrige Geburtenrate sei eine Bedrohung für die deutsche Identität. Die AfD fordert daher eine „aktivierende Familienpolitik“, um „die Geburtenrate wieder auf ein für den Bestand unseres Volkes notwendiges Niveau zu heben". Auch Friedrich Merz sprach sich 2023 dafür aus, den Geburtenrückgang zu bekämpfen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Ähnliche Argumentationen finden sich bereits in der Politik Viktor Orbáns in Ungarn, wo Frauen mit finanziellen Anreizen zur Mutterschaft gedrängt werden. Mutterschaft ist für Rechte keine Entscheidung der gebärenden Person, sondern eine nationale Pflicht.

Die Gründe für den Geburtenrückgang in Deutschland sind laut Rechten und Konservativen „Gender-Wahn“ und Feminismus. Die AfD bezeichnete die „Gender-Ideologie“ als „Angriff auf die natürliche Geschlechterordnung“ und als „verantwortlich für den Zerfall der Familie“. Ähnlich äußerte sich die CDU-Politikerin Dorothee Bär, die 2019 meinte, dass „übertriebene Gender-Debatten“ vom Wesentlichen ablenken würden, nämlich von der Stärkung der Familie.

Welche sozialen und ökonomischen Aspekte bei der Frage von Mutter- und Elternschaft eine Rolle spielen, können sie so ignorieren bzw. davon ablenken. Studien zeigen, dass Frauen in Deutschland oft aus wirtschaftlichen Gründen keine Kinder bekommen oder weniger, als sie sich wünschen. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB, 2020) ergab, dass finanzielle Unsicherheit und unzureichende Kinderbetreuung zentrale Hürden für die Familienplanung sind.

Rechte Parteien lehnen feministische Errungenschaften und tatsächlichen Schutz vor patriarchaler Gewalt ab. Gleichzeitig nutzen sie die Verteidigung der „Familien“, um ihre menschenfeindliche Migrationspolitik zu rechtfertigen. Denn wenn sie von Familie sprechen, geht es nur um „einheimische“ Familien.

Ausländische Familien hingegen bedeuten diesen Parteien einen Dreck: Die AfD fordert beispielsweise die Abschaffung des Familiennachzugs: „Kein Nachzug. Wir setzen Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.“ Die FPÖ und die ÖVP betonen, dass Migration kontrolliert werden müsse, um die „kulturelle Identität“ zu bewahren und die sozialen Systeme nicht zu überlasten.

Dabei sind es besonders die rechten und konservativen Kräfte, die den Sozialstaat sogar noch weiter zurückbauen wollen, als die liberalen Parteien es bereits gemacht haben. Frauenhäuser sind von erheblichen Mittelstreichungen betroffen, was ihre Existenz gefährdet. Das gleiche Muster zeigt sich auch in anderen Bereichen: Soziale Leistungen werden gekürzt, was als notwendige Maßnahme gegen „Sozialschmarotzer“ gerechtfertigt wird, während wirtschaftliche Lockerungen als Unterstützung für „fleißige Familien“ verkauft werden. Diese gezielte Umverteilung dient dazu, staatliche Sozialausgaben zu senken, während neoliberale Reformen als alternativlos dargestellt werden. Statt die eigentlichen Ursachen von Armut und sozialer Unsicherheit zu bekämpfen, werden jene angegriffen, die ohnehin bereits am meisten von diesen Krisen betroffen sind.

Der Kapitalismus hat noch eine weitere Strategie, um Kontrolle auszuüben: die Spaltung der Arbeiter*innenklasse nach Herkunft. Und genau hier greifen Antifeminismus und Rassismus ineinander: Indem rechte Parteien das Bild des „fremden, muslimischen Mannes“ als Bedrohung für „unsere Frauen“ zeichnen, gelingt ihnen zweierlei: Sie präsentieren Migration als Angriff auf die Familie und nutzen auch den Antifeminismus als Rechtfertigung für repressive Migrationsgesetze. Gleichzeitig wird die soziale Frage aus dem Blickfeld gedrängt, indem Feminismus und Migration als Feindbilder und Ursache für die vielen tatsächlichen Krisen herangezogen werden.

Der ehemalige Innenminister Herbert Kickl erklärte: „Wir müssen Österreich vor illegaler Masseneinwanderung schützen, die unsere Werte und unsere Frauen bedroht.“ Die AfD

spricht von „importierten Vergewaltigern“. Diese Rhetorik suggeriert, dass FLINTA Schutz brauchen – und zwar nicht vor patriarchaler Gewalt und Ausbeutung, sondern vor einem spezifischen, rassistisch konnotierten Feind.

Diese Strategie ist nicht neu. Schon im Kolonialismus wurde der Schutz „der eigenen Frauen“ als Vorwand für Gewalt und Unterdrückung genutzt. Rechte und konservative Parteien nutzen also Antifeminismus und Rassismus als Strategien, um ihre menschenfeindliche Politik zu legitimieren. Sie propagieren das Bild der „traditionellen Familie“, um FLINTA in die für sie im Kapitalismus vorgesehenen Rollen zurückzudrängen, während sie soziale Sicherungssysteme abbauen und feministische Errungenschaften angreifen. Gleichzeitig wird Migration als Bedrohung dargestellt, um patriarchale Strukturen zu festigen und Klassengegensätze zu verschleiern. Sie schüren bewusst Ängste, um autoritäre Maßnahmen und repressive Migrationspolitik zu rechtfertigen. Doch Gewalt ist kein „Importproblem“ – sie ist tief im Patriarchat und der kapitalistischen Ordnung verwurzelt.

Die Angriffe auf Migrant:innen, Frauen und Queers sind schrecklich, aber gerade jetzt dürfen wir uns nicht in Safer Spaces zurückziehen, sondern müssen in die Offensive gehen für eine Befreiung von Kapitalismus und jeder Form der Unterdrückung. Am 8. März ist internationaler feministischer Kampftag und als RSO beteiligen wir uns beispielsweise in Düsseldorf daran, eine große kämpferische und antikapitalistische Demonstration auf die Beine zu stellen, auf der auch dringend notwendige revolutionär-sozialistische Antworten Gehör finden. Parolen wie „In unser’m Kampf gegen Unterdrückung, ist auch ein Girlboss keine Rettung. Denn auch ne Chefin verteidigt das System und das System ist das Problem!" betonen die Notwendigkeit der Verbindung des feministischen Kampfes mit den Arbeitskämpfen von Kolleginnen im Care Bereich und einer breiten und klassenkämpferischen feministischen Bewegung. Nur so können wir ausreichend Gegenmacht erkämpfen, um unsere Ziele durchzusetzen.

Die Rechten versuchen Männer für ihr reaktionäres Projekt zu gewinnen, indem sie ihnen versichern, dass egal wie mies es ihnen selbst geht, sie immer noch die Frauen und Queers unter sich haben, denen es schlechter geht und an denen sie ihre Frustration auslassen können. Eine klassenkämpferische feministische Bewegung bietet Männern dagegen viel mehr: Es gibt eine Welt zu gewinnen, frei von kapitalistischer Ausbeutung, unter der wir alle leiden, und frei von den Vorurteilen patriarchaler Vorväter, denen auch Männer ausgesetzt sind. *Which side are you on?*

Ein Streik wird erfolgreicher, umso mehr Kolleg:innen sich an ihm beteiligen. Auch eine feministische Bewegung kann durch den vereinten Kampf auf der Straße und im Betrieb mehr durchsetzen. Zum 8. März treffen wir uns auf der Straße, aber wir müssen uns darüber hinaus in dauerhaften und festen Strukturen politisch organisieren und einen klassenkämpferischen Feminismus in Kämpfe auf der Straße und im Betrieb tragen. Denn in Bewegungen, die wir selbst mit aufbauen, können wir auch unsere revolutionär sozialistischen Forderungen populär machen. ■

Diala Zorn und Kira Harper, Düsseldorf

Jetzt erst recht: Wir müssen uns sozialistisch, revolutionär und internationalistisch zusammenschließen!

Der Neuaufstieg der Linkspartei und zum Beispiel der Wahlerfolg des bekannten antirassistischen Aktivisten Ferat Koçak in Berlin-Neukölln zeigen genauso wie die positiven Erfahrungen mit unserer Kampagne *Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung!*, dass es in Teilen der Jugend und der Arbeitenden den starken Wunsch nach sozialer Bewegung und Widerstand gibt. Der Aufwärtstrend der Linkspartei aus den letzten Wochen hat sich sehr deutlich bestätigt mit 8,8 %. Die Unionsparteien mit Friedrich Merz feiern sich als Wahlsieger, aber sie vertreten nicht die Mehrheit. Sie haben mit 28,5 % das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren, und das ist auch gut so. Ihr hetzerischer Wahlkampf und ihr Anbiedern bei der AfD hat Hunderttausende angeekelt und auf die Straße gebracht.

Die Parteien der Ampelregierung wurden zu Recht abgestraft (SPD 16,4 %, Grüne 11,6 % und FDP mit 4,3 % weg vom Fenster). Was uns Sorgen bereiten muss, ist der Aufstieg der AfD, die mit 20,8 % (über 10 Mio. Stimmen!) ihr Ergebnis verdoppeln konnte. Eine Partei, die unterstützt wird vom reichsten Mann der Welt und von der US-Regierung unter Trump, die eine Regierung der Milliardär:innen ist. Die AfD ist eine Feindin der Arbeiter:innenklasse: rassistisch, sexistisch und neoliberal. Übersehen wir dabei nicht, dass sie in lokalen Hochburgen über 70 % bekommen hat.

Das BSW wiederum ist an der 5-Prozent-Hürde knapp gescheitert. Vielleicht hat die Tatsache, dass es so schnell auf Landesebene in Regierungen mit CDU und SPD eingetreten ist, seinem aufmüpfigen Image geschadet. Und sein offen migrationsfeindlicher Wahlkampf hat sicher auch so manche, die Sahra Wagenknecht noch aus Linksparteizeiten mochten, abgeschreckt. Gut so.

Ein Kampf gegen Spaltung, Hetze und Angriffe steht uns bevor

Der neue Kanzler wird sehr sicher Merz heißen. Die Vorbereitungen für eine Neuauflage der „großen Koalition“ (CDU/CSU/SPD) laufen, die so groß nicht ist, da weniger als 37 % der Wahlberechtigten für Union oder SPD gestimmt haben. Doch die AfD braucht gar nicht an der Regierung beteiligt zu sein, damit wir die rassistische Politik im Interesse der Superreichen bekommen, für die auch Alice Weidel steht. Merz, dieser ehemalige Investment-Fonds-Manager hat nicht umsonst mit der AfD gemeinsam sein „Zustrombegrenzungsgesetz“ in den Bundestag eingebracht und Scholz hat für die SPD im Wahlkampf damit geprahlt, wie viel er abgeschoben hat. Da sind die Ideen der AfD mit an Bord.

> » Doch die AfD braucht gar nicht an der Regierung beteiligt zu sein, damit wir die rassistische Politik im Interesse der Superreichen bekommen, für die auch Alice Weidel steht. «

Diejenigen, die uns zukünftig regieren werden, sind sich einig, weiter gegen Migration zu hetzen, um uns zu spalten und abzulenken und – so hoffen sie – ihre Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen leichter umsetzen zu können. Denn Merz verspricht massive Kürzungen beim Bürgergeld (das dann auch nicht mehr so heißen soll), was für alle Arbeitenden den Druck erhöht, schlechter bezahlte Jobs anzunehmen und sich mit Niedriglöhnen zufrieden zu geben. CDU-Politiker:innen träumen von einer Abschaffung oder Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, damit Arbeitende sich im Interesse der Profite auch noch krank zur Arbeit schleppen. Und die Vorsitzende der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ liefert Merz schon Stichpunkte für weitere Angriffe, insbesondere die Erhöhung des Renteneintrittsalters.

Auf diese und weitere Zumutungen müssen wir uns vorbereiten. Das heißt vor allem, dass wir vorbereitet sein müssen massiven Widerstand zu leisten, damit sie damit nicht durchkommen!

Die AfD und ihre Ideen bekämpfen

Merz wird als Kanzler große Teile des menschenverachtenden und arbeiter:innenfeindlichen Programms der AfD in die Praxis umsetzen. Damit wird er aber der AfD nur neue Anhänger:innen zutreiben. Weil er weiterhin spalterische Hetze gegen Migrant:innen, aber auch gegen angeblich „faule“ Arbeitslose betreiben wird, gießt er allein damit Wasser auf die Mühlen der radikalen Rechten. Derweil kann sich die AfD weiter als Oppositionspartei aufspielen und von der Unzufriedenheit profitieren, da sich der Lebensstandard der breiten Massen weiter verschlechtern wird – solange wir das nicht durch Massenmobilisierungen und Streiks abwehren!

Schon jetzt sind es überproportional viele Arbeiter:innen, die die AfD wählen, sei es aus Frust über die etablierten Parteien, oder weil sie auf die Lüge

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von S. 5)

hereinfallen, dass angeblich die Migration daran schuld sei, dass es zu wenig Wohnungen, gute Jobs oder Geld für Soziales gibt. Dabei ist es die kapitalistische Markt- und Profitlogik, die Mietpreise steigen lässt und Unternehmen wie VW trotz Milliardengewinnen dazu bringt, Zehntausende zu entlassen.

Wir müssen uns dem Vordringen der Argumente der AfD innerhalb unserer Klasse, der arbeitenden Klasse, entgegenstellen. Indem wir eine Perspektive aufzeigen, echte Verbesserungen zu erkämpfen, durch unsere eigene Kraft: Migrantische und deutsche Kolleg:innen gemeinsam, verbündet in Streiks und auf der Straße für die gleichen Interessen: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, gegen alle Entlassungspläne!

Neue Hoffnungen oder neue Illusionen in den Reformismus?

Von vielen war die Linkspartei schon abgeschrieben worden, da sie noch Anfang Januar Umfragewerte von nur 3 % hatte. Nun ist sie „auferstanden“ und sichert sich nicht nur einen komfortablen Einzug in den Bundestag, sondern hat in den letzten Wochen auch Zehntausende neuer Mitglieder gewonnen – nach eigenen Angaben alleine 17.470 innerhalb von 2 Wochen, nachdem Merz und AfD im Bundestag gemeinsam gegen das Asylrecht gestimmt hatten.

Es ist eine Reaktion auf den Rechtsruck und die Hetze von Merz und AfD, der viele, gerade auch junge Menschen dazu bringt, sich nun in der Linkspartei zu engagieren. Viele mögen dabei die Hoffnung haben, mit neuem Schwung die Linkspartei nicht nur wieder zu besseren Wahlergebnissen zu führen, sondern sie insgesamt zu einer kämpferischeren Partei zu machen, die sich mit Streiks solidarisiert oder Leute zu sozialen Themen auf die Straße bringt. Doch ist das alles nicht so neu. In der Vergangenheit hatte „Die Linke“ schon deutlich bessere Wahlergebnisse als 8,8 % und es gab immer linke Strömungen innerhalb dieser Partei, die sich als „antikapitalistische Linke“ oder als „Bewegungslinke“ verstanden.

All die Hoffnungen, die Menschen in der Vergangenheit auf die Linkspartei gerichtet haben, sind spätestens dann zerschellt, wenn sie sich an Regierungen beteiligt hat. Nicht umsonst hat die AfD in Thüringen ihr bestes Ergebnis eingefahren, wo „Die Linke“ zehn Jahre den Ministerpräsidenten gestellt hat. Ja, es ist gut, dass viele Menschen sich jetzt für linke Politik engagieren wollen und den Rechtsruck nicht tatenlos hinnehmen. Aber für all diese Menschen brauchen wir eine andere Perspektive, als die Sackgasse der Linkspartei wiederzubeleben.

Wir brauchen einen revolutionären Gegenpol

Wir brauchen einen Pol von revolutionären Kräften, die wirklich dem kapitalistischen System, den Mächtigen, den Superreichen, den Konzernen den Kampf ansagen wollen und die dafür auf die Kraft von Millionen und deren Selbstorganisierung setzen; die die Klassenkämpfe nicht auf das beschränken wollen, was für Partei- oder Gewerkschaftsapparate annehmbar ist, die ihrerseits ihre eigenen Interessen über das der Bewegung stellen.

> » Es gibt revolutionäre Kräfte und Organisationen, aber sie sind zersplittert und mit wenig Einfluss. Es liegt auch an uns, das zu ändern. «

Es gibt revolutionäre Kräfte und Organisationen, aber sie sind zersplittert und mit wenig Einfluss. Es liegt auch an uns, das zu ändern. Das ist umso wichtiger, damit neue Enttäuschungen über die Linkspartei, die nicht ausbleiben werden, nicht zu Resignation führen, sondern eine Alternative wahrnehmbar wird. Deshalb sind wir als ersten Schritt für diese Bundestagswahlen als RSO ein Bündnis mit der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) eingegangen. Und wir setzen darauf, dass weitere Schritte gelingen, um uns mit noch mehr revolutionären Kräften gemeinsam dem Rechtsruck entgegenzustellen *(siehe dazu auch unsere gemeinsame Erklärung mit RIO auf der rechten Seite).*

Wir wurden selbst positiv überrascht vom Ergebnis dieser Wahlkampagne: Franziska Thomas (RSO) hat in Berlin Tempelhof-Schöneberg 818 Stimmen bekommen, Inés Heider in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg Prenzlauer Berg Ost 713 Stimmen und Leonie Lieb in München Mitte/West 648 Stimmen.

Über diese mehr als 2.000 Menschen hinaus, die so weit gegangen sind uns ihre Stimme zu geben, haben wir viele weitere mit unseren Plakatslogans, Flyern, Infoständen und Haustürgesprächen erreicht – mit ähnlichen Aktivitäten wie die Linkspartei, aber mit Inhalten, die eindeutig antikapitalistisch und revolutionär waren. ■

Richard Lux und Sabine Müller, Berlin

Ein revolutionäres (Wahl-)Bündnis mit viel Potenzial

Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung!" Mit diesem Slogan sind Kandidatinnen der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) und der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) zu den Bundestagswahlen 2025 in drei Wahlkreisen angetreten. Wir haben insgesamt 2.179 Stimmen bekommen (0,4 % der abgegebenen Stimmen). Wir werten das als Erfolg!

Dieser Wahlkampf war für uns nicht nur ein erster Schritt, der bewiesen hat, dass die Zersplitterung der revolutionären Kräfte kein Schicksal ist, sondern auch die Gelegenheit, eine gemeinsame und solidarische Praxis zu entwickeln. In Berlin haben wir in offenen Wahlkampfkomitees zusammen diskutiert und voneinander gelernt. Unsere beiden Organisationen, die nicht zufällig drei junge Arbeiterinnen aufgestellt haben, wollen auch zum 8. März gemeinsam einen klassenkämpferischen und antirassistischen Feminismus auf die Straße tragen. Die nächste Regierung wird weder Migrant:innen noch Frauen und LGBTQI* schonen: Unsere Kräfte zu bündeln ist notwendiger als je zuvor!

Die Hebamme Leonie Lieb hat in einem Münchener Wahlkreis, der an die CSU ging, ein ähnliches Ergebnis bekommen wie die Sozialarbeiterinnen Franziska Thomas und Inés Heider in Berliner Wahlkreisen, wo „Die Linke" oder die Grünen das Direktmandat geholt haben. Vor allem die vielen Gespräche und positiven Rückmeldungen in den intensiven Wochen des Wahlkampfs haben unsere Hoffnung bestätigt, dass es möglich ist, an ganz unterschiedlichen Orten als offen revolutionär und marxistisch auftretende Organisationen Gehör zu finden.

Da wir davon überzeugt sind, dass genau diese Sichtbarkeit von revolutionären Antworten auf die multiplen Krisen des Kapitalismus heute notwendiger ist denn je, hatten wir Monate vor dem vorgesehenen Wahltermin antikapitalistischen und revolutionären Gruppen Bündnisgespräche vorgeschlagen. Die vorgezogenen Neuwahlen haben uns zu einer schnellen Entscheidung gezwungen und letztlich haben nur wir zwei Organisationen diese Kampagne unternommen. Doch unser bescheidener Erfolg zeigt, dass sehr viel mehr möglich gewesen wäre, wenn sich weitere revolutionäre Organisationen und Einzelpersonen bereitgefunden hätten, mit Kandidaturen in deutlich mehr Wahlkreisen anzutreten.

Sozialistische Kräfte müssen die Aufgabe ernsthaft angehen, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die links der Linkspartei wahrgenommen wird. Das Ergebnis der Linkspartei drückt die Hoffnung vieler Menschen auf eine Antwort auf den Rechtsruck aus. Doch die AfD ist am stärksten dort, wo „Die Linke" jahrelang regiert hat, wie in Thüringen. Sie hat uns den Rechtsruck mit eingebrockt, sie kann uns nicht vor ihm schützen. Deshalb ist es so wichtig, jetzt schon einen revolutionären Pol aufzubauen, der zunächst zwar deutlich kleiner ist als die Linkspartei, aber der als konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiter:innenklasse und der Jugend wahrgenommen wird.

» Viele Organisationen, die sich als revolutionär verstehen, haben sich im Wahlkampf der Linkspartei untergeordnet und deren Wahlkampf unterstützt oder „kritisch" zu deren Wahl aufgerufen. Doch mit unserer Kampagne waren wir mit *revolutionären Antworten* nah an den Menschen. «

Viele Organisationen, die sich als revolutionär verstehen, haben sich im Wahlkampf der Linkspartei untergeordnet und deren Wahlkampf unterstützt oder „kritisch" zu deren Wahl aufgerufen. Vermutlich fühlen sie sich durch den jetzigen Wahlerfolg der Linkspartei in ihrer Haltung bestätigt und hoffen nun, „näher" an den vielen Tausenden Menschen zu sein, die sich politisieren und neu in die Linkspartei eingetreten sind.

Doch mit unserer Kampagne waren wir mit *revolutionären Antworten* nah an den Menschen. In den vielen Gesprächen haben auch Linkspartei-Wähler:innen uns gesagt, dass sie unsere Kampagne sympathisch finden, in der wir klare Worte für die Interessen der Arbeitenden gefunden haben, für Bleiberecht für alle, gegen Aufrüstung, Militarisierung und gegen den Genozid in Gaza.

Wenn ein solcher Pol existiert, kann die Enttäuschung über die Linkspartei positive Früchte tragen. Und zwar umso eher, je mehr revolutionäre, klassenkämpferische Linke bereit sind, sich an ihm zu beteiligen. In diesem Sinne: Wir sind bereit für Koalitionsverhandlungen mit allen revolutionären Kräften! ■

2. 3. 2025

Revolutionär Sozialistische Organisation

Revolutionäre Internationalistische Organisation

Gegen die Rechten – helfen nur die Linken?

Jede Wahl ist wieder ein Anlass, darüber ins Gespräch zu kommen, wie wir die Welt verändern können. Anders als bei der letzten Bundestagswahl 2021 ist es allerdings nicht mehr die Hoffnung darauf, doch noch das Weltklima zu retten. Heute ist die allgegenwärtige Gewalt weniger Flut und Waldbrand, …

… heute sind es die Polizeiknüppel, die unsere Nachbarn ins Abschiebegefängnis prügeln; die Entlassungspläne in den Händen unserer Chefs; ist es die Fackel in der Hand vom Faschisten, der eine queere Bar in Brand steckt; ist es die Wiederholung rechter Argumente durch Familie oder Freund:innen; ist es die abgestimmte Hetze von Merz (CDU) und Höcke (AfD) gegen „Ausländer“ und Arbeitslose, die uns Angst machen. Das Grauen vor der Zukunft hat Gesichter bekommen.

Umso mehr drängt sich uns die Notwendigkeit auf, alles in unser Macht stehende zu tun, diese Gewalt zu stoppen. Der Haken dabei: Die kapitalistische Demokratie will uns glauben lassen, die einzige Macht, die wir hätten, sei es, alle vier Jahre zu entscheiden, welche Berufspolitiker:innen den Staat anführen sollen. In diesem Artikel beschäftigen wir uns deshalb mit den „Volksvertretern“ und denen, die es werden wollen. Wie sehr sie uns vertreten, zeigt der bisherige Kanzler Scholz, der schon seit anderthalb Jahren von der Mehrheit der Befragten als schlecht bewertet wird[1], und bald das Kabinett Merz, von dem wir schlimme Angriffe auf die Lebensbedingungen der Mehrheit und die Rechte von Minderheiten zu erwarten haben.

In der vergangenen Legislatur hat der Liberalismus bewiesen, dass er kein Rückgrat hat. Die kapitalistischen Zwänge haben die „Fortschrittskoalition“ zum größten Treiber von Aufrüstung, Autoritarismus und Asylrechtsverschärfungen seit Langem gemacht. Eine Stimme für Grüne oder SPD bedeutet grünes Licht dafür, diese Politik als Juniorpartnerin in einer Merz-Koalition fortzuführen.

Mit dem Rücken zur Wand …

Mit so mageren Erwartungen ist es naheliegend, sich der größten Organisation zuzuwenden, die sich dem Rechtsruck entgegenstellt. Zigtausend vor allem junge Menschen sind zur Bundestagswahl in die Partei Die Linke (PDL) eingetreten. Das macht auch uns Revolutionär:innen Hoffnung, da es den Willen eines Teils der Jugend zeigt, sich nicht mit der „Realpolitik“ Robert Habecks (Grüne) abspeisen zu lassen.

Im Haustürwahlkampf schafften es die Aktivist:innen, sich ein besseres Bild der Menschen zu verschaffen, um die sich die PDL gerne „kümmern“ würde. Aber das ist als Einbahnstraße angelegt: Anstatt die Chance zu nutzen und echte Verbindungen zu der Bevölkerung aufzubauen, wurde nur Werbung für eine Kümmererpartei gemacht. Dabei profitieren Wahlhelfer:innen trotzdem von den Gesprächen und schärfen ihr Verständnis für den Lebensalltag der Arbeiter:innenklasse. Aber um unser Leben zu verbessern, brauchen wir eine Partei, die Kämpfe der Massen organisiert, statt sich als deren nette Stellvertreterin darzustellen.

Mit unseren revolutionären Kandidaturen „für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung“ (gemeinsam mit der Revolutionären Internationalistischen Organisation RIO), haben wir darauf gesetzt, Arbeiter:innen als Subjekte der gesellschaftlichen Entwicklung anzusprechen. Wir wollen keine Partei, die sich anmaßt, die schlauesten Reformvorschläge zum Volk zu tragen, sondern eine, die sich mit beiden Beinen im Lager der Arbeitenden gegen das Kapital aufstellt.

» Wenn die Partei Die Linke darüber klagt, die Regierung hätte nicht geliefert, wird sie zu deren schlechtem Gewissen. «

Da liegt auch der Unterschied zwischen unserem revolutionären Antifaschismus und der von PDL-Parteichefin Schwerdtner formulierten „antifaschistischen Wirtschaftspolitik“. Diese läuft auf einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates hinaus und soll eine Antwort darauf sein, dass der Neoliberalismus das Vertrauen in Staat und Demokratie untergraben habe und darin die Ursache der hohen Zustimmung zur AfD liege. Das ist oberflächlich gesehen nicht falsch, verdeckt aber, dass der Autoritarismus die andere Seite der demokratischen Medaille ist. Es mag so aussehen, als hätte die AfD durch ihre Wahlerfolge Ampelregierung und CDU vor sich her-

getrieben. Doch GEAS[2], Einschränkungen des Versammlungsrechts, der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, Zwangsexmatrikulation, Verschleppung von Volksentscheiden, spalterische Hetze gegen Sozialhilfeempfänger:innen und Migrant:innen – dieser Rechtsruck der Ampelregierung entspricht in Wirklichkeit vollkommen ihrer bürgerlich-demokratischen Politik. Und wenn die PDL darüber klagt, die Regierung hätte „nicht geliefert", schürt sie eigentlich Illusionen in die nächste „Fortschrittskoalition". Ob Schwerdtner dabei den „Anstand" eines Christian Lindners hätte, aus einer zukünftigen Koalition mit Grünen und SPD auszutreten, wenn es in Fragen der Wirtschaftspolitik kracht, ist fraglich.

Wie will sie diejenigen gewinnen, die der Neoliberalismus dazu gebracht hat nach unten zu treten, wenn sie sich so auf das verhasste Establishment einlässt? Doch die PDL geht ja davon aus, dass ihr Programm schon die Interessen der großen Mehrheit vertrete (nur Milliardäre brauche es nicht geben). Wozu sollte sie sich Gedanken darüber machen auf wen sich Sozialist:innen im Kampf stützen können und wie das Kräfteverhältnis tatsächlich aussieht?

Marx schreibt über die linken Parlamentarier seiner Zeit: „Jedenfalls geht der Demokrat ebenso makellos aus der schmählichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Überzeugung, dass er siegen muss, nicht dass er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, dass die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben."

Und die PDL hat viele Niederlagen aufzuweisen. In unzähligen Landesregierungen hat sie pflichtbewusst das neoliberale Programm vollstreckt, die ostdeutsche Deindustrialisierung verwaltet, Hunderttausende Wohnungen an Immobilienkonzerne verscherbelt und im Sozialen gekürzt. Sie hat durch ihren Reformismus genau die wirtschaftlichen Grundlagen für den Rechtsruck geschaffen, den Schwerdtner jetzt durch dieselbe Strategie bekämpfen möchte.

Hieraus spricht eine Geringschätzung für außerparlamentarischen Kampf. Tatsächlich haben Streiks das Portemonnaie der Reichen viel direkter angetastet als je irgendwelche PDL-Abgeordneten.

Unsere Haltung als Revolutionär:innen zu reformistischen Kräften ist eine der taktischen Fragen, an der sich auch die trotzkistischen Organisationen scheiden. Viele von ihnen sehen zwar die Gefahren, die mit einem neuen Aufstieg der alten reformistischen Illusionen einhergehen – die Fesselung aktivistischer Energie an den Scheinkampf im Parlament und früher oder später erneuter Verrat, der wieder Diskreditierung linker Ideen für Millionen von Arbeiter:innen bedeuten wird. Doch – aus Angst vor Isolierung? – halten es viele der Gruppen für notwendig, gegenüber der PDL eine wohlwollende Stellung einzunehmen. So sehen wir bei „Revolutionäre Linke", bei der SOL und anderen einen Enthusiasmus über die Neuzugänge der PDL. Die SAV bezeichnet das sogar als „größte[n] Erfolg im Wahlkampf für arbeitende Menschen und Jugendliche". Dabei handelt es sich erstmal um eine Nachspielzeit für den Reformismus. Linke im Bundestag verbessern die Stellung der Arbeiter:innen für die kommenden Kämpfe nicht automatisch. Die PDL ist seit Jahren nach rechts gerückt, hat ihre Antikriegspositionen zugunsten von Regierungsfähigkeit abgelegt und ihre Führung fühlt sich möglichen Koalitionspartner:innen (auch wenn das auf Bundesebene zu-

Ferat Koçak holt nach intensivem Haustürwahlkampf in Berlin-Neukölln das Direktmandat

nächst nicht in Frage kommt) deutlich näher als den Kämpfen der Basis. Da, wo sie in Arbeitskämpfe interveniert, tut sie es aus der Warte des Gewerkschaftsapparates, der dafür bekannt ist, Streiks zugunsten der „Sozialpartnerschaft" abzuwürgen.

Die Revolutionär:innen, die innerhalb der PDL organisiert sind oder „strategisch" für sie aufrufen, verstecken sich (oder zumindest ihre Stimmen) hinter einem reformistischen Projekt – trotzdem schätzen wir ihre beharrliche Kritik am Kurs dieser Partei. Allerdings wird die Kritik nicht ausreichen, um die Tausenden Aktivist:innen vor der notwendig kommenden Desillusionierung und dem niederschmetternden Gefühl der Machtlosigkeit zu retten. Eine glaubhafte und revolutionäre Alternative muss her, und die gedeiht schlecht im Schatten der Linkspartei! ■

Ruth Lidenbrock, Düsseldorf

1 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1295763/umfrage/bewertung-der-arbeit-von-olaf-scholz-als-bundeskanzler/

2 Das rassistische Gemeinsame Europäische (anti-)Asylsystem

Neue Regierung – Republik gerettet?

Rund fünf Monate nach der Nationalratswahl Ende September hat Österreich nun doch eine neue Regierung. ÖVP, SPÖ und Neos haben sich im zweiten Anlauf auf eine Koalition geeinigt. Die Erleichterung ist vielfach groß, dass die FPÖ nun doch nicht der Regierung angehört — das Sparpaket bleibt jedoch im Wesentlichen das gleiche. Was erwartet uns?

Aus den Nationalratswahlen ging die rechtsextreme FPÖ erstmals als stimmenstärkste Partei hervor, doch zunächst wollte keine andere Partei mit ihr koalieren. Daraufhin verhandelten die konservative ÖVP, die sozialdemokratische SPÖ und die NEOS über Monate, bis die Verhandlungen Anfang Jänner/Januar doch überraschend scheiterten. Die (wirtschafts-)liberalen NEOS kamen mit ihrer „Reform" (also Zerstörung) des Pensionssystems nicht durch und auch der mächtige Wirtschaftsflügel der ÖVP wollte eine radikale Offensive des Kapitals ohne Tabus. Die ÖVP entledigte sich also ihres symbolischen Brandmäuerchens und warf sich der FPÖ in die Arme – bis auch diese Gespräche Mitte Februar scheiterten.

» Das Regierungsprogramm umfasst neben den Sparmaßnahmen zur Budgetsanierung und weiteren Reformen zur Stärkung des österreichischen Wirtschaftsstandorts und der Wettbewerbsfähigkeit auch Bekenntnisse zur weiteren Aufrüstung. Während durch das Programm die Unternehmen gefördert werden sollen, müssen die Arbeitenden und Armen dafür bezahlen. «

FPÖ-ÖVP scheitert

Die tatsächlichen Gründe für das Platzen der FPÖ-ÖVP-Verhandlungen sind nicht ganz eindeutig. Die FPÖ war als stärkste Partei zum ersten Mal in der Führungsrolle und verteidigte viele ihrer Programmpunkte sowie Ansprüche auf Ministerposten kompromisslos. Möglicherweise legte es die FPÖ unter Parteichef Kickl auf ein Platzen der Gespräche an, um bei folgenden Neuwahlen oder späteren Wahlen noch stärker zu werden. Die FPÖ scheint sich vordergründig heute jedenfalls nicht, wie in früheren Regierungen, ihren unmittelbaren Platz an den Futtertrögen der politischen Macht sichern zu wollen.

Vielmehr verfolgt die FPÖ unter Kickl das Ziel eines strategischen und fundamentalen Umbaus des bürgerlichen Staats sowie einer Kursänderung in Bezug auf EU und Russland. Dazu finden sich auch etliche Punkte in den geleakten FPÖ-ÖVP-Verhandlungspapieren. Die ÖVP war dabei offensichtlich bereit, ein Programm des Schreckens, das sich wie eine billige Kopie von Trump oder Milei liest, umzusetzen. Doch seit 35 Jahren durchgängig an Regierungen beteiligt, hatte sie Angst, ihre Macht und Kontrolle im Staat zu verlieren. Gleichzeitig bestand die FPÖ bis zuletzt auf den Posten des Innenministers, um genau diese Kontrolle zu übernehmen und auszubauen.

Die ÖVP dürfte immer stärkerem internen Druck ausgesetzt gewesen sein und einige haben wohl kalte Füße bekommen. Eine zentrale Rolle beim Scheitern der Verhandlungen hat wohl diese Sorge der ÖVP vor dem möglichen politischen Kontrollverlust als Partei gespielt, da sie unterschätzt hatte, wie stark Kickl auf den oben genannten Punkten beharren würde.

ÖVP, SPÖ, Neos 2.0

SPÖ und ÖVP haben sich dann sehr schnell darauf geeinigt, den von FPÖ und ÖVP nach Brüssel gemeldeten Sparkurs gemeinsam umzusetzen und dabei ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden. Zu den großen Kürzungen gehören der Klimabonus, der die CO_2-Bepreisung sozial abfedern sollte, die Bildungskarenz[1], die zunehmend von Müttern verwendet wurde, um die fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen zu kompensieren, und Einsparungen bei den Pensionen.

Für die ÖVP bleiben etliche Minister:innen der aktuellen Regierung im Amt. Der Bundeskanzler wird Christian Stocker sein, der bis zum Rücktritt von Karl Nehammer und der Übernahme von dessen Funktionen relativ unbe-

kannt war. Innenminister wird Gerhard Karner bleiben, der dafür bekannt geworden ist, in seiner Gemeinde ein Museum für den Austrofaschisten Engelbert Dollfuß betrieben zu haben. Auch der Rest des ÖVP-Regierungspersonals lässt eher auf ein Gruselkabinett schließen, als auf Spitzenvertreter:innen der kapitalistischen Klasse.

Um die parlamentarische Mehrheit abzusichern, wurden die NEOS wieder hinzugezogen. Neben dem Außenministerium und dem Bildungsministerium bekommen sie mit dem marktradikalen Sepp Schellhorn einen Staatssekretär für Deregulierung. Dieser Kapitalist aus der Gastronomie möchte für die Regierung als Abklatsch von Elon Musk der österreichischen Bürokratie an den Kragen. Bereits in der Vergangenheit ist der erklärte Feind der österreichischen „Sozialpartnerschaft" mit skurrilen Aussagen aufgefallen, wie, dass er auf die Welt gekommen wäre, um die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern (Arbeitskammer, Wirtschaftskammer, ...) zu beenden.[2]

Die SPÖ hat sich mit ein paar – hauptsächlich symbolischen – Steuern für Unternehmen zufrieden gegeben. So soll zum Beispiel eine Bankenabgabe eine Milliarde Euro in 2 Jahren bringen, wobei die Banken alleine 2023 einen Gewinn von 14 Milliarden Euro gemacht haben. Außerdem wird die SPÖ den Finanzminister stellen und somit die Verantwortung für das Stopfen des Budgetlochs übernehmen. Im Gegenzug finden sich im Programm an verschiedenen Stellen zur Aufhübschung auch Themen der SPÖ, um das eigene Klientel zu bedienen, was aber den Gesamtcharakter der Regierungsvorhaben nicht ändert.

Das Regierungsprogramm umfasst neben den Sparmaßnahmen zur Budgetsanierung und weiteren Reformen zur Stärkung des österreichischen Wirtschaftsstandorts und der Wettbewerbsfähigkeit auch Bekenntnisse zur weiteren Aufrüstung. Während durch das Programm die Unternehmen gefördert werden sollen, müssen die Arbeitenden und Armen dafür bezahlen. Ein zentrales Element des Regierungsprogramms sind zahlreiche Verschärfungen in den Bereichen Asyl und Migration. Während in vielen anderen Kapiteln des Regierungsprogramms konkrete Angaben fehlen, sind die rassistischen Angriffe bereits sehr detailliert ausgearbeitet – die ÖVP hofft so mal wieder, FPÖ-Wähler:innen zurückzugewinnen.

SPÖ-Chef Andreas Babler war als linke Lichtgestalt angetreten, um angeblich die Sozialdemokratie wieder zu ihren Ursprungsideen zurückzuführen. Besonders für seine humane Haltung gegenüber Geflüchteten wurde er geschätzt, im Wahlkampf sprach er sich gegen Koalitionen mit FPÖ und ÖVP aus und für die Durchsetzung sozialdemokratischer Grundwerte. Von diesem Spirit ist nicht viel geblieben. Als Juniorpartner für die ÖVP wird in klassisch sozialpartnerschaftlicher Manier das Beste für das Kapital getan.

Für Österreich?

Der öffentliche Druck war groß, dass eine Einigung zustande kommt. Täglich verlautbarten Expert:innen, dass die Politik jetzt einen Kompromiss finden muss – Inhalte gerieten dabei vollkommen in den Hintergrund. Für viele Menschen überwiegt die – verständliche und reale – Erleichterung, dass die FPÖ nun doch nicht den Bundeskanzler stellt und die Regierung anführt. Dabei scheinen die Einschnitte, die der harte Sparkurs mit sich bringt, und die rassistischen Maßnahmen in Kauf genommen zu werden. Dieses eigentlich große Übel erscheint dann nur mehr als kleineres Übel. Es läuft eine Erpressung: Wenn die Bevölkerung die angeblich notwendigen und vermeintlich alternativlosen Angriffe nicht schluckt, kommt die FPÖ – und dann wird es noch schlimmer.

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass gerade durch die kommende Regierung des Sozialabbaus die FPÖ in ihrer Oppositionsrolle weiter gestärkt wird. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) ist in der Regierung vertreten, seine Vizepräsidentin Korinna Schuhmann wird Ministerin für Arbeit und Soziales. Dieses Vorgehen ist in Österreich bekannt und soll dazu führen, dass unpopuläre Maßnahmen einerseits abgedämpft werden können, andererseits gewerkschaftlicher Widerstand dagegen unterbunden werden kann. Diese Situation zeigt, wie notwendig eine tatsächlich unabhängige, kämpferische Alternative ist – gegen Kapital, Rassismus und Autoritarismus.

Perspektive

Die FPÖ könnte bei den nächsten Wahlen noch mehr zulegen, als Antwort auf die Kürzungen und die weitere Verschärfung von Krisentendenzen. Die herrschende Klasse verkauft ihren Kahlschlag als Brandmauer – die beim nächsten Mal ohnehin wieder einmal nicht halten wird. Es gibt keine Hoffnungen auf wirkliche Lösungen durch etablierte Parteien und im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus. Die rechtsextremen Beispiele weltweit zeigen uns den Ernst der Lage. Für revolutionäre Kräfte heißt es die Zeit zu nutzen, um die eigenen Ideen zu verbreiten, sich aufzubauen und zu vernetzen, um der „Alternativlosigkeit" die Perspektive von Klassenkampf und Revolution gegenüberzustellen. ■

Stefan Ino, Wien

» Diese Situation zeigt, wie notwendig eine tatsächlich unabhängige, kämpferische Alternative ist – gegen Kapital, Rassismus und Autoritarismus. «

1 Entspricht dem Bildungsurlaub in Deutschland

2 Die Arbeiterkammer ist eine institutionalisierte Interessensvertretung, die von allen Beschäftigten über ihre Sozialversicherungsbeiträge finanziert wird. Anders als bei den Gewerkschaften ist die Mitgliedschaft nicht freiwillig.

Ukraine: Nach der Bereicherung *durch* den Krieg folgt die Bereicherung *nach* dem Krieg auf Kosten der Bevölkerung

US-Präsident Trump hatte versprochen, nach seiner Machtübernahme innerhalb von Tagen den weitgehend festgefahrenen, aber nicht weniger mörderischen Krieg zu beenden … allerdings weniger im Interesse der leidenden Bevölkerung in der Ukraine. Aber vorher wollte sich Trump noch einen fetten Batzen der wirtschaftlichen Beute sichern: Er hatte der Ukraine ein Abkommen vorgelegt, das den USA Zugang zu wichtigen Mineralien und Seltenen Erden sichern soll.

Selenskyj, Präsident der Ukraine, die eine Wirtschaftsleistung nicht größer als Berlin hat, durfte dann nach Washington anreisen. Als er versuchte, ein paar für die Ukraine nicht ganz unwichtige Punkte nachzuverhandeln, erhielt er für seine „Dreistigkeit", sich nicht einfach nur zu unterwerfen, von Trump und Vizepräsident Vance im Weißen Haus eine derart dicke Klatsche vor laufenden Kameras, dass der Rohstoffdeal erstmal in Frage steht. Diese Show sollte sicherlich eine Lektion darüber sein, was das „Recht des Stärkeren" in der Praxis bedeutet: Erpressung durch die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Im Kapitalismus gilt das Recht des Stärkeren immer. Aber Trump verkörpert dieses Prinzip ganz ungeschminkt.

Nachdem die europäischen und vor allem die amerikanischen Rüstungskonzerne ihre Vorteile aus drei Jahren Krieg gezogen haben, scheint also nun die Zeit gekommen, die Reichtümer der Ukraine in die Finger zu bekommen. Die USA haben beschlossen, den vordersten Platz in diesem Raubzug einzunehmen. Selenskyj kalkuliert: ukrainische Rohstoffe gegen weitere militärische Unterstützung durch die USA. Im goldenen Zeitalter des Imperialismus gibt es nichts für umsonst, nicht mal Unterstützung „unter Freunden" gegen einen militärischen Überfall. Die USA beanspruchen beim Plündern ukrainischer Rohstoffe allerdings den Löwenanteil. In typisch arroganter Manier behauptete Trump, die USA hätten 500 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern in die Ukraine geschickt. Die müsse die Ukraine jetzt zurückzahlen in Form von Bergbaukonzessionen an die westlichen Konzerne. Nicht nur die Zahl ist völlig übertrieben. Die US-Hilfen für die Ukraine liegen eher in der Größenordnung von 135 Milliarden Dollar (und 120 Milliarden von den europäischen Ländern).

Die „Hilfen" waren keine Geschenke sondern „Darlehen", die von der Ukraine zurückgezahlt werden müssen!

Für die US-Wirtschaft interessant sind zum einen Seltene Erden. Aber der Großteil der Reichtümer, auf die westliche Konzerne ein Auge geworfen haben, sind sogenannte kritische Mineralien. Bislang kontrolliert China 85 % der weltweiten Ressourcen. Sie sind besonders für elektronische Geräte und Elektrofahrzeuge und in der Luft- und Raumfahrtindustrie gefragt. In der Ukraine lagern Mangan, Titan, Lithium, Graphit (20 % der weltweiten Ressourcen), Beryllium und Uranvorkommen. Das US-Magazin Forbes schätzt den Wert auf 14 Billionen Euro. Ein verdammt großer Schatz, auch wenn sich fast die Hälfte der ukrainischen Vorkommen im Osten des Landes in den von Russland besetzten Gebieten befinden; also in den bei Trumps „Friedensverhandlungen" mit Putin vermutlich abzutrennenden Gebieten der Ukraine.

Auch die Gewinne aus einem Wiederaufbau des Landes wecken Begehrlichkeiten, während die ukrainische Bevölkerung teilweise in Ruinen lebt. Die Weltbank schätzt die Kosten auf 506 Milliarden Euro. Das sind lukrative Aufträge für große Konzerne.

» Im Kapitalismus gilt das Recht des Stärkeren immer. Aber Trump verkörpert dieses Prinzip ganz ungeschminkt. «

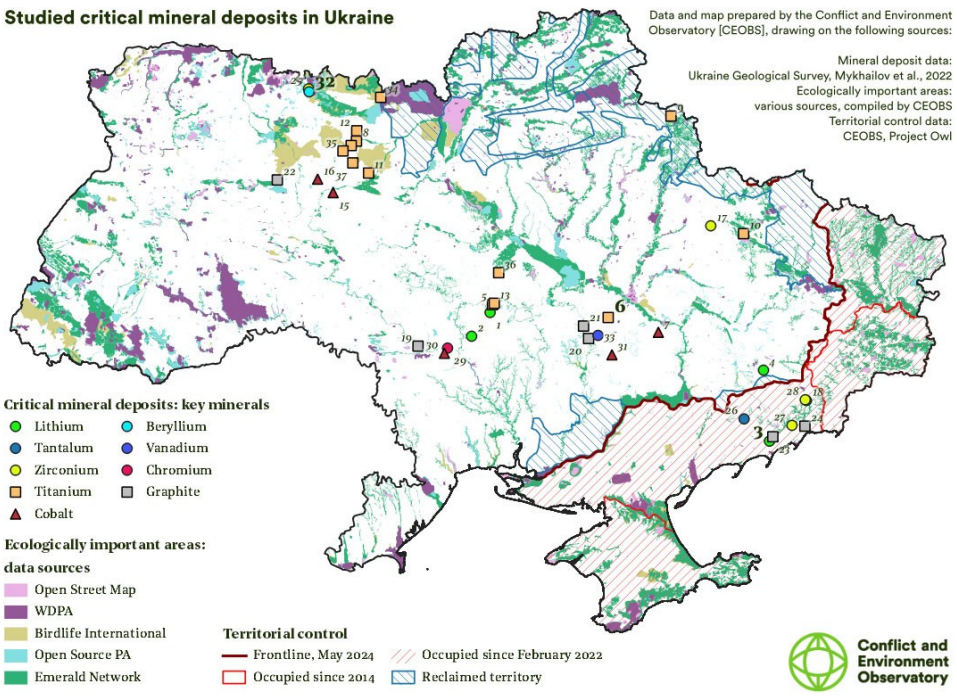
Die Verhandlungen zwischen Trump und Putin sind die zwischen zwei imperialistischen Großmächten. Vielleicht kann sich Selenskyj noch mit dem Rohstoffdeal einen Platz am Katzentisch erbetteln. Die ukrainische Bevölkerung hat bei diesen Deals nichts zu melden.

Widmen wir uns also dem Schicksal der ukrainischen Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter:innenklasse in den Städten und auf dem Land, deren Selbstbestimmungsrecht wir nicht erst seit dem russischen Überfall vom 24. Februar 2022 verteidigt haben.

Es gibt nur wenige Stimmen der Arbeiter:innenklasse, die es in den Westen schaffen und uns helfen, die schwierige Situation in der heutigen Ukraine zu verstehen.

Hungerlöhne, die von der Inflation aufgefressen werden

Die Ukraine ist traditionell ein industrialisiertes Land und dennoch eines der



europäischen Länder mit den niedrigsten Löhnen.

Der Durchschnittslohn liegt hier unter 400 Euro, der Mindestlohn unter 200 Euro. Zum Vergleich: Selbst in Bulgarien, dem EU-Land mit dem niedrigsten Mindestlohn, beträgt der Mindestlohn 515 Euro ...

Rentner:innen leben in einer katastrophalen Situation. Während die durchschnittliche Rente 112 Euro beträgt, erhalten 4 Millionen Menschen tatsächlich eine Rente zwischen 48 und 73 Euro, weitere 2,5 Millionen nur zwischen 73 und 97 Euro. Ganz zu schweigen von der katastrophalen Situation der Alten, die in den von der russischen Besatzung kontrollierten Gebieten leben: Da die ukrainische Post dort nicht mehr arbeitet, haben sie oft gar keinen Zugang zu ihren Renten. In einigen Regionen zwingt die russische Armee Rentner:innen, einen russischen Pass zu akzeptieren, um eine Rente ausgezahlt in Rubel zu erhalten!

Seit Kriegsbeginn sind die Preise zudem stetig gestiegen. Im Jahr 2022 betrug die Inflation 20 %, im Jahr 2023 weitere 13 %.

Angriffe im Gesundheitswesen: durch russisches Militär ... und politische Maßnahmen des ukrainischen Staates

Wie in allen Kriegen ist das Gesundheitswesen ein Ziel der russischen Angreifer. Seit Beginn des Krieges wurden mehr als 400 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen gezählt. 144 Einrichtungen wurden durch russische Angriffe vollständig zerstört.

Zu diesen Zerstörungen durch militärische Angriffe kommt die Politik des ukrainischen Staates hinzu, der seit Jahren nicht aufhört, das öffentliche Gesundheitswesen anzugreifen. 2018 führte eine Gesundheitsreform schon zur Schließung vieler Zentren. Medikamente sind schwer zugänglich. Patient:innen müssen versuchen, zu hohen Preisen Medikamente in Apotheken zu finden.

Die schlechten Arbeitsbedingungen führen zu einer Einstellungskrise. Das Land leidet unter einem echten Mangel an medizinischem Personal, insbesondere an Ärzt:innen.

Die ukrainische Regierung hat den Krieg genutzt, um Arbeitsrechte drastisch einzuschränken, was die Willkür der Bosse verschärft. Tarifverträge dürfen einseitig ausgesetzt werden, Entlassungen wurden erleichtert. Die Arbeitszeit wurde weiter flexibilisiert, so dass Beschäftigte nun 12 Stunden pro Tag ausgebeutet werden können. Das neue Arbeitsschutzgesetz hat die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen bei gefährlichen Arbeiten gesenkt und den Unternehmen noch mehr Freiheit gegeben. Die Regierung versucht auch, das Rentensystem anzugreifen.

Gleichzeitig wird das Kriegsrecht regelmäßig verlängert, wodurch jegliche Versammlung und jegliche Form von Protest verboten werden kann.

Eine allgemeine Mobilmachung, die vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten betrifft

Um den Bedarf an Männern für die Armee zu decken, hat die ukrainische Regierung den allgemeinen Mobilmachungsbefehl mehrmals erweitert. Im April 2024 wurde das Mobilmachungsalter von 27 auf 25 Jahre gesenkt. Jetzt ist die Rede davon, es auf 18 Jahre zu senken.

Diese Maßnahmen werden in der Bevölkerung sehr kontrovers diskutiert. Das bedeutet nicht unbedingt, dass sie die russische Invasion akzeptiert, aber viele prangern die brutalen Methoden der Rekrutierung und vor allem die soziale Ungleichheit bei der Auswahl an. Es gibt weit verbreitete Korruption, die es den Reichen ermöglicht, sich zu verstecken, während für die Arbeiter:innenklasse und die Ärmsten Gewalt und Entsendung an die Front das Los ist!

» Die ukrainische Regierung hat den Krieg genutzt, um Arbeitsrechte drastisch einzuschränken, was die Willkür der Bosse verschärft. «

So spitzt sich die Lage im Land zu, mit der Verlängerung des mörderischen Krieges, der Erschöpfung der Bevölkerung und der Entmutigung angesichts der zurückweichenden Front. Die Perspektive der „Friedensverhandlungen" verschärfen die Widersprüche zum Teil. Wer möchte schon der letzte Tote eines Krieges sein, dessen baldiges Ende Trump ohne Widerspruch von Putin und ohne Rücksicht auf das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung ankündigt? ■

Sabine Müller, Berlin

Was steckt hinter der rassistischen Hetze?

Das mediale und politische Ausschlachten von Aschaffenburg, München und Magdeburg während der Bundestagswahlen verdeutlicht, wie die rassistische Hetze nach der Zeitenwende zur neuen Normalität geworden ist. Sie beschränkt sich nicht nur auf Demagogie, wie Scholz im TV-Duell mit Merz stolz betonte, sondern unter der Ampelregierung sind die Abschiebungen um 70 % gestiegen. Besonders die CDU versucht, die AfD in ihrer Rhetorik zu überbieten, doch es ist wichtig, dass eine klassenkämpferische Stimme hörbar wird!

Demonstration "Solidarity will win" in Hamburg, 8. 2. 2025

Der Anti-Migrations-Plan von Merz, der de facto die Abschaffung des Asylrechts vorsieht, rief zu Recht große Besorgnis und Wut hervor. Doch der Inhalt dieses Plans geriet in den Hintergrund der Demonstrationen. Das ist wenig überraschend, denn rassistische Politik existiert nicht erst seit Merz oder Weidel. Schon seit Jahren wird die Offensive gegen Migrant:innen verstärkt: Verschärfung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), Einführung von Bezahlkarten, Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Bruch des Kirchenasyls, Abschiebungen nach Afghanistan oder Georgien als „sicheres Herkunftsland" – all dies geschah mit rot-grünem Segen. Es ist daher kein Wunder, dass Nancy Faeser (SPD) am 12. Februar erklärte, dass sie „mit der Union nicht weit auseinander" sei. Die Bereitschaft aller bürgerlichen Parteien, solche Maßnahmen durchzuführen, lässt sich bis in die 90er Jahre zurückverfolgen.

Die wachsende Hetze und die Angriffe auf Migrant:innen in den letzten Jahren sind jedoch ein alarmierendes Zeichen. Die Fantasien, „im großen Stil abzuschieben", bedeuten nicht, dass alle Migrant:innen abgeschoben werden. Das deutsche Kapital benötigt weiterhin leicht ausbeutbare Arbeitskräfte, vor allem in Bereichen wie Informatik. Die Ampelregierung hat Abkommen mit Ländern wie Kenia, Indien und Kolumbien unterzeichnet, die als „Win-Win-Situation" verkauft werden, aber gleichzeitig die Abschiebungen fördern. Auch wenn es widersprüchlich erscheint, verfolgen diese Abkommen das gleiche Ziel: Sie üben Druck auf Migrant:innen aus, um deren Ausbeutung zu verschärfen. Diese Kontrolle über Migrant:innen zielt darauf ab, Angriffe auf die gesamte Arbeiter:innenklasse vorzubereiten und die Löhne nach unten zu drücken. Die Bezahlkarte, die ursprünglich vom rot-grünen Hamburger Senat eingeführt wurde, treibt die Kontrolle über Migrant:innen, die staatliche Unterstützung erhalten, voran und reicht bis zur Kontrolle ihrer Ausgaben. Doch die CDU strebt an, diese Kontrolle auch auf Empfänger:innen von Bürgergeld auszudehnen.

> » Sie üben Druck auf Migrant:innen aus, um deren Ausbeutung zu verschärfen. Diese Kontrolle über Migrant:innen zielt darauf ab, Angriffe auf die gesamte Arbeiter:innenklasse vorzubereiten ... «

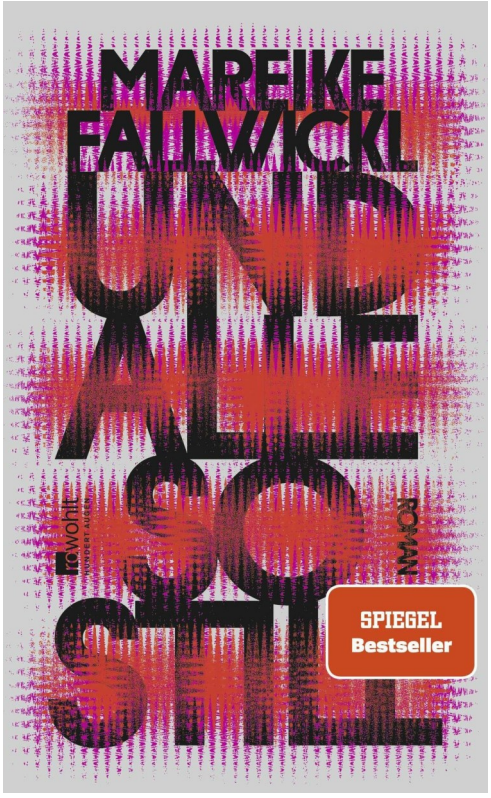
Die rassistische Hetze wird jedoch auch absichtlich als Ablenkung von der tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Lage genutzt. Mit einem gewissen Erfolg: In manchen Umfragen erscheint „die Migration" als wichtigstes Problem der Wähler:innen, vor „hohen Preisen" oder „niedrigen Löhnen". Die mediale und politische Hetze, besonders nach Messerangriffen, hat erheblich zur Verdopplung der Stimmen für die AfD beigetragen. Mit Sündenböcken versuchen Merz & Co. den Frust der prekärsten Arbeitenden auf Migrant:innen zu lenken. Rassismus wird von oben betrieben, um die Arbeiterklasse weiterhin zu spalten. Der Zulauf zu solchen Ideen wird vom Ohnmachtsgefühl angesichts der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen genährt. Migrant:innen sind jedoch nicht schuld an den sinkenden Löhnen und Lebensbedingungen, sondern die ersten Opfer dieser Entwicklung. In Aschaffenburg fiel ein 2-jähriger marokkanischer Junge einem Angriff zum Opfer. Ein Angriff, der durch die ständigen Kürzungen im Gesundheitssektor begünstigt wurde.

Dagegen ist es notwendig, unseren Kolleg:innen zu zeigen, dass das deutsche Grenzregime nicht in unserem Interesse liegt, sondern dazu dient, andere Arbeiter:innen willkürlich zu unterdrücken. Es braucht gemeinsame und selbstorganisierte Kämpfe, die unsere Einheit gegen die Spaltungsversuche betonen und für eine Welt ohne Krieg, Grenzen und Ausbeutung kämpfen! ■

Eva Ruth, Hamburg

Und alle so still

Der Roman „Und alle so still“ von Mareike Fallwickl (2024) beschreibt ein Szenario zwischen Utopie und Dystopie nahe an der vorstellbaren Realität.



Elin, Nuri und Ruth, drei Hauptfiguren unterschiedlichen Alters, Herkunft und Geschlecht. Alle drei werden aus unterschiedlichsten Gründen Teil eines wachsenden Care-Streiks. Was passiert wenn Frauen nicht mehr das tun, was sie immer getan haben?

Das Gesundheitssystem bricht zusammen, Männer werden noch wütender und gewalttätiger, der Staat ebenso. Auf der anderen Seite erfahren Frauen, dass und wie sie zusammengehören. Mareike Fallwickl beschreibt eine Liebe unter Frauen, die darauf fußt, dass wir gleiche Erfahrungen machen, und die uns Kraft gibt miteinander zu kämpfen.

Jetzt könnten Lesende meinen: „Was für ein verkitschter Feminismus. Und mit Kapitalismus hat das Buch wohl auch nichts zu tun …“ Doch keineswegs: Zugleich wird beschrieben, wie manche Frauen privilegiert genug sind, sich zunächst aus der Bewegung herauszuhalten und wie andere Personen Teil der Bewegung werden, weil sie nicht weiß sind und versuchen sich mit vier Jobs über Wasser zu halten. Die Kämpfe aller Unterdrückten und Ausgebeuteten werden zusammengedacht – Intersektionalismus at it’s best!

der Zeit angesprochen. Trotzdem bleibt es ein Roman, der Emotionen und Erfahrungen thematisiert, die uns verbinden oder auch besser verstehen lassen, wie sich manches anfühlt, das man selbst nicht nachempfinden kann: Die Scham arm zu sein; die Unsicherheit, ob ein Mann tatsächlich gewalttätig war; nicht mit anderen Frauen umgehen zu können, weil man es nicht gelernt hat; die Frage, ob man lieber streikt oder sich bis zum Kollaps um die Kranken kümmert, und wie verschiedene Generationen von Frauen miteinander kämpfen können.

Der Roman behandelt also die großen gesellschaftlichen Auswirkungen des Szenarios „Care-Streik“ eher am Rande, als Rahmen der Handlung, und fokussiert dafür auf Beziehungen, Erfahrungen und Gefühle.

Auf was man sich allerdings einlassen muss: Die geschaffene Vorstellung ist so verdichtet, dass es sich teilweise wie eine Aufzählung von Diskriminierungen liest. Dabei bewegt die Autorin sich stets auf einem Grat, der klarmacht, dass ihr Buch eine Fiktion ist und dennoch so nah an der Wirklichkeit, dass alles davon problemlos real sein könnte.

» Es werden alle möglichen feministischen Fragestellungen der Zeit angesprochen. Trotzdem bleibt es ein Roman, der Emotionen und Erfahrungen thematisiert, die uns verbinden … «

Wie schon in ihrem letzten Bestseller-Roman „Die Wut die bleibt“ (2022, ebenso empfehlenswert!) werden alle möglichen feministischen Fragestellungen

Man darf auch nicht erwarten Antworten auf strategische Fragen zu finden. Denn Fallwickl beschreibt keineswegs den Weg zu einer freien Gesellschaft. Auf die Frage nach den Forderungen der Streikenden gibt es keine Antwort: Sie seien vor allem erschöpft, ihnen reicht es. Sie schließen sich zusammen, finden darin Kraft und erfahren Solidarität. Darum geht es und dafür lohnt es sich zu lesen.

Das Buch ist kraftspendend und entlässt die Leser:in dennoch nicht einfach mit einer rosaroten hoffnungsvollen Brille zurück in die Realität. Fallwickl schafft eine Balance zwischen den schmerzhaften Tatsachen des Patriarchats im Kapitalismus und der Stärke, die Solidarität und gemeinsame Aktion uns geben können. ■

Roberta Moriam

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Do, 6. 3., 19 Uhr: Gegen Rechtsruck und Kürzungen: Warum es einen klassenkämpferischen Feminismus braucht!

Berlin | Begegnungsstätte Mehr Mitte, Torstr. 190
Düsseldorf | Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Wien | Amerlinghaus Raum 3, Stiftgasse 8

und online über zoom!

Lerne unsere internationale Strömung kennen!
Vier Tage Austausch und Debatte mit Revolutionär:innen aus Frankreich, USA, Griechenland, Spanien, Österreich und Deutschland.
Schreib uns bei Interesse!
Mehr Informationen folgen bald

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net